## **Bericht**

## des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (11 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulzeitgesetz 1985 geändert wird

Im Interesse einer möglichst effizienten Gestaltung des Schulalltags und der Förderung des Lernerfolgs hat die Bundesregierung eine Änderung des Unterrichtsbeginns vorgeschlagen. In ihrem Entwurf war vorgesehen, dass der Unterricht an mittleren und höheren Schulen in der Regel um 9:30 Uhr beginnen solle. Er kann jedoch durch den/die Schulleiter/in vorverlegt werden. Die Schulzeiten für Volks- und Hauptschulen, Neue Mittelschulen, Sonderschulen und Polytechnische Schulen sind in jedem Bundesland gesondert zu regeln.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat diese Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 10. Juni 2016 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Sitzung präsentierten die Klubs ihre Standpunkte zur Gesetzesvorlage. Weiß sprach sich für einen Schulbeginn zwischen 7:00 und 9:30 Uhr aus, der in jeder Schule gemeinschaftlich festgelegt werden solle. Gelb plädierte für einen Unterrichtsbeginn spätestens um 8:30 Uhr und forderte die Einführung freiwilliger Lernstunden. Türkis sprach sich ebenfalls für einen Beginn spätestens um 8:30 Uhr sowie für eine maximale Unterrichtszeit bis 18:00 Uhr aus. Violett vertrat ähnliche Positionen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Elena Oberhofer, Christina Eschbacher, Sophie Ritter, Theresa Steinwendtner, Katharina Reisenbauer, Julia-Sophie Kürsten und Vasko Georgiev.

Im zweiten Teil der Sitzung legten die Klubs **Gelb** und **Weiß** sowie **Türkis** und **Violett** jeweils einen Abänderungsantrag vor. **Gelb** und **Weiß** verlangten die Festlegung des Unterrichtsbeginns durch jede Schule selbst und einen schulfreien Samstag. **Türkis** und **Violett** verlangten den Beginn des Unterrichts nicht vor 8:30 Uhr grundsätzlich an allen Schulen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgeordneten David **Gonzalez**, Sophie **Ritter** und Katharina **Reisenbauer**.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des Abänderungsantrags von **Gelb** und **Weiß** mit <u>Stimmenmehrheit</u> (**dafür:** Gelb und Weiß, **dagegen:** Türkis und Violett) beschlossen.

Der Abänderungsantrag von Türkis und Violett fand <u>keine Mehrheit</u> (**dafür:** Türkis und Violett, **dagegen:** Gelb und Weiß).

Zur Berichterstatterin für das Jugendparlament wurde Abgeordnete Marlene **Deutinger** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den Antrag, das Jugendparlament wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2016 06 10

**Marlene Deutinger** 

Mag. Martin Peyerl

Obmann

Berichterstatterin